



Newsletter

Datum

13.08.2008

Nr. 4/08

INHALTSÜBERSICHT

1. HAUPTARTIKEL

Hohe Preise der Post. Wie geht es mit der Preisprüfung weiter?

Tarifs postaux élevés: quelles perspectives pour l'examen des prix?

2. KURZMELDUNGEN

- *Medikamentenpreis-Vergleiche mit Deutschland: Auf die Rechnungsmethode kommt es an*

- *Medikamentenverkauf: Wie gross ist die Vertriebsmarge des Arztes und Apothekers?*

- *Naxoo Télégenève SA – baisse du prix de l'abonnement individuel, augmentation du nombre de chaînes de télévision et possibilité d'acheter le décodeur «Access box»*

- *Neue Publikation der Preisüberwachung zur Prüfpraxis von Wasser- und Abwasserpreisen*

- *Weitere 70 Gemeinden im Preisvergleich Wasser Abwasser Abfall erfasst*

3. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE

-



1. HAUPTARTIKEL

Hohe Preise der Post. Wie geht es mit der Preisprüfung weiter?

Die Post weist bei der Paket- und Briefbeförderung vergleichsweise hohe Gewinne und eine Eigenkapitalrendite von 36 % aus. Der vorläufige Befund der Preisüberwachung, dass diese hohen Gewinne auf überhöhten Preisen basieren könnten, wurde von der Post bisher nicht widerlegt. Die Post sieht bis Frühjahr 2009 keine Tarifänderungen vor. Verschiedene Beförderungstaxen sind auf Grund von vertraglichen Regelungen mit der Preisüberwachung ohnehin bis Ende März 2009 eingefroren. Hier liegt ein Zwischenbericht vor.

Befunde zur Gewinn- und Tarifprüfung

Die Schweizerische Post hat im vergangenen Jahr einen Gewinn (nach IFRS) von 909 Mio. Franken erwirtschaftet. Davon entfielen 589 Mio. Franken auf die Logistikbereiche (Briefe, Pakete) und die übrigen Bereiche (wie Postauto). 320 Mio. Franken entfielen auf das Segment PostFinance.

Das Eigenkapital der Segmente ohne PostFinance belief sich auf 1'650 Mio. Franken. Die Eigenkapitalrendite der Post in diesen Segmenten belief sich damit im Durchschnitt auf 36 %.

Diese Berechnung der Eigenkapitalrendite wird von der Post mit der Begründung in Frage gestellt, die Eigenkapitalausstattung des Post-Konzerns sei zur Zeit noch ungenügend. Diese Feststellung betrifft allerdings einzig das Segment PostFinance. Die weiteren Segmente verfügen über die von der Post angestrebten Eigenmittel.

Aus wettbewerbsrechtlicher Sicht stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, in welchen Geschäftsfeldern die Post diese vergleichsweise hohen Gewinne erwirtschaftet. Sollten diese (teilweise) in Märkten erzielt werden, wo die Post ungenügendem Wettbewerb ausgesetzt ist oder gar über eine Monopolstellung verfügt, wären die Voraussetzungen für eine Intervention der Preisüberwachung erfüllt. Die entsprechenden Abklärungen sind im Gange, können aber noch nicht abgeschlossen werden.

Unbestritten ist, dass der Post die Möglichkeit einzuräumen ist, in allen Geschäftsfeldern einen angemessenen Gewinn zu erzielen. Aus Sicht der Konsumenten und der Preisüberwachung ergäben sich dann Probleme, wenn die Post in Bereichen, wo sie über ein Monopol (wie bei der Zustellung von Briefen bis 100g) sowie in allfälligen Geschäftsfeldern, wo sie wie z. B. bei den Paketen am Schalter über eine marktbeherrschende Stellung und entsprechend über Preissetzungsspielräume verfügt, Übergewinne erwirtschaften würde (nicht in Frage gestellt wird der Monopolgewinn in Höhe des notwendigen Infrastrukturbeitrages zur Deckung der Defizite des Poststellennetzes). Es obliegt der Preisüberwachung, allfällig überhöhte Preise in den entsprechenden Geschäftsfeldern auf ein angemessenes Mass zurück zu führen. Die Beurteilung des angemessenen Gewinns obliegt damit nicht dem Eigner (das ist der Bund), was immer wieder zu einem Interessenkonflikt zwischen Preisüberwachung einerseits und dem Finanzdepartement und dem UVEK andererseits führt.



Bisheriges Vorgehen bei der Preisprüfung

Die Post war auf Grund der Intervention der Preisüberwachung Ende 2007 bereit, die Paketpost-Tarife am Schalter, die Tarife für den Brief- und Paketverkehr mit dem Ausland sowie die neuen, ausgehandelten Zeitungsbeförderungstaxen bis März 2009 mit einer einvernehmlichen Regelung (Vertrag) einzufrieren bzw. auf die geplanten Tariferhöhungen zu verzichten.

Die Preisüberwachung hat die Post bereits im September 2007 mit einer ersten groben Gewinnermittlung auf Grund der WACC-Methode (Weighted Average Cost of Capital), welche sowohl bei ausländischen als auch bei anderen schweizerischen Regulatorbehörden breite Anwendung findet, konfrontiert. Die Berechnungen der Preisüberwachung lieferten Indizien für missbräuchlich hohe Preise. Der in der Folge mit der Post geführte Austausch führte aus Sicht der Preisüberwachung zu keinem befriedigenden Ergebnis, da die Post sich im Wesentlichen darauf beschränkte, die Zweckmässigkeit der WACC-Methode in Frage zu stellen. Der von der Preisüberwachung erhoffte konkrete Vorschlag zu einer für die Post annehmbaren Anwendung der WACC-Methode ist ausgeblieben. Darüber hinaus reagierte die Post wiederholt mit formalen und rechtlichen Einwänden, welche die Zuständigkeit der Preisüberwachung und andere formale Prozedurfragen betrafen. Unter dem Zeitdruck der notwendigen Tariffixierung auf den Jahreswechsel 2007/2008 traf die Preisüberwachung die erwähnte einvernehmliche Regelung. Die Preisüberwachung stellte aber gleichzeitig eine weitere Tarifprüfung im Lichte der Ermittlung des angemessenen Gewinns in Aussicht.

Im Frühjahr 2008 fanden gleichwohl Verhandlungen über Tarifsenkungen statt, welche aber unterdessen ergebnislos abgebrochen wurden. Seitens der Preisüberwachung hat sich im Verlaufe des Jahres 2008 der Eindruck verstärkt, dass die Post in erster Linie auf Zeit zu spielen suchte. Inzwischen stellte die Preisüberwachung ein formelles Auskunftsbegehren bezüglich weiterer Elemente der Gewinn- und Tarifüberprüfung.

Tarifeinfrierung und weitere Tarifprüfung

In der Zwischenzeit ergaben sich neue Elemente und Entwicklungen, die in eine Tarif- und Gewinnüberprüfung für die Zukunft einbezogen werden müssen:

- Auf 2009 ist eine Senkung der Briefmonopol-Grenze von 100 auf 50 Gramm vorgesehen, wobei der Bundesrat den definitiven Entscheid erst im Herbst 2008 fällen wird.
- Die Post hat erwogen, gleichzeitig mit der Senkung der Monopolgrenze die komplette Unterstellung unter die Mehrwertsteuer zu beantragen, was das Kostengefüge wiederum stark beeinflussen würde.
- Mit der fortlaufenden Inbetriebnahme der neuen Briefverteilzentren ergeben sich erhebliche Kosteneinsparungen, welche zum jetzigen Zeitpunkt schwierig zu beziffern sind.
- Die Post hat in Aussicht gestellt, auf Ende Jahr 2008 keine Preiserhöhungen in den Marktbereichen mit vermuteter Zuständigkeit des Preisüberwachers (wie Briefe, Pakete, Zeitungen) vorzunehmen oder zu beantragen. Damit gelten bis



mindestens März 2009 die mit der einvernehmlichen Regelung festgelegten Tarife.

Die Preisüberwachung wird Ihre Analyse weiter führen und sich momentan darauf beschränken, den Zwischenbericht mit den vorläufigen Befunden (der allerdings wegen der Geltendmachung von Geschäftsgeheimnissen nicht veröffentlicht werden darf) an die zuständigen Stellen weiter zu leiten.

[Rudolf Strahm, Jörg Christoffel]

Siehe frühere Publikationen zu Posttarifen, namentlich Newsletter 08/07 vom 21. Dezember 2007.

www.preisueberwacher.admin.ch → Themen → Infrastruktur → Post (Links zu Dokumenten auf der rechten Seite)

Zusätzliche Auskünfte:

Rudolf Strahm, Tel. 031 322 21 02

Jörg Christoffel, Tel. 031 322 21 07



Tarifs postaux élevés: quelles perspectives pour l'examen des prix?

La Poste réalise dans les domaines de l'acheminement des colis et des lettres des bénéfices comparativement élevés et affiche un rendement des fonds propres de 36 %. La Poste n'a, à ce jour, pas pu démontrer que la conclusion provisoire à laquelle la Surveillance des prix est parvenue, à savoir que ces bénéfices élevés pourraient résulter de taxes d'acheminement excessives dans certains secteurs, soit fausse. La Poste ne prévoit pas de modifier ses tarifs début 2009. Différentes taxes d'acheminement sont gelées jusqu'à fin mars 2009 en raison de l'accord conclu avec la Surveillance des prix. Le présent document est un rapport intermédiaire.

Résultats de l'examen des bénéfices et des tarifs

La Poste Suisse a réalisé l'an passé un bénéfice de 909 millions de francs (selon les IFRS). 589 millions de francs proviennent des secteurs logistiques (Courrier, Colis) et d'autres domaines (comme CarPostal). 320 millions de francs résultent du secteur d'activités PostFinance.

Les fonds propres des secteurs sans PostFinance atteignaient 1650 millions de francs. Le rendement des fonds propres dans ces secteurs se montait en moyenne à 36 %.

Ce calcul du rendement des fonds propres est contesté par la Poste, qui considère que le niveau de fonds propres du groupe est encore actuellement insuffisant. Cette constatation concerne toutefois seulement le secteur PostFinance. Les autres secteurs d'activités disposent de fonds propres considérés comme suffisants par la Poste.

Ce qui amène à se demander, sous l'angle du droit de la concurrence, dans quels secteurs d'activité la Poste réalise ces bénéfices comparativement élevés. Si ces derniers étaient réalisés (en partie) sur des marchés où la Poste n'est pas confrontée à une concurrence suffisante, voire où elle occupe une position de monopole, les conditions d'une intervention de la Surveillance des prix seraient remplies. Ces points sont en cours de clarification.

Une chose est certaine: la Poste doit pouvoir réaliser un bénéfice équitable dans tous ses secteurs d'activité. Pour les consommateurs et la Surveillance des prix, il y aurait problème si la Poste venait à réaliser des bénéfices excessifs dans les secteurs où elle a un monopole (l'envoi de lettres jusqu'à 100 grammes p. ex.) et dans d'éventuels secteurs d'activité où elle bénéficie d'une position dominante (les colis au guichet p. ex.) et, donc, d'une marge de manœuvre pour la fixation des prix (les bénéfices du monopole à hauteur des contributions nécessaires à couvrir les déficits du réseau des offices postaux ne sont pas remis en question). Il appartient à la Surveillance des prix de ramener à un niveau équitable des prix qui s'avèreraient excessifs dans certains secteurs d'activité. L'appréciation d'un bénéfice équitable n'incombe donc pas au propriétaire (en l'occurrence la Confédération), d'où un conflit d'intérêts récurrent entre la Surveillance des prix, d'une part, et le DFF et le DETEC d'autre part.



Procédure actuelle d'examen des prix

A la suite de l'intervention de la Surveillance des prix, fin 2007, la Poste a accepté de geler jusqu'à mars 2009, dans le cadre d'un accord à l'amiable (contrat), ses tarifs pour les colis au guichet, ses prix pour les envois de courriers et de colis à l'étranger et les nouvelles taxes négociées concernant l'acheminement des journaux et de renoncer aux augmentations de tarifs prévues.

La Surveillance des prix a présenté à la Poste une première estimation sommaire des bénéfices calculés selon la méthode WACC (Weighted Average Cost of Capital) en septembre 2007. Cette méthode est largement utilisée par d'autres autorités de régulation suisses et étrangères. Ces calculs ont fourni des indices de prix abusivement élevés. Pour la Surveillance des prix, l'échange d'informations avec la Poste qui s'en est suivi n'a donné aucun résultat satisfaisant, la Poste s'étant pour l'essentiel bornée à contester la pertinence de la méthode WACC. La Surveillance des prix a attendu en vain de la Poste qu'elle lui présente une proposition concrète d'application du WACC qui soit acceptable pour elle. La Poste a en outre multiplié les objections formelles et juridiques concernant la compétence de la Surveillance des prix ainsi que diverses questions formelles de procédure. Le délai étant serré eu égard à la nécessaire fixation des tarifs au passage de l'année 2007 à 2008, la Surveillance des prix a opté pour l'accord amiable mentionné tout en prévoyant de procéder à un nouvel examen tarifaire à la lumière des résultats de l'analyse du bénéfice équitable.

Des négociations sur des baisses de tarif ont été engagées au printemps 2008, mais elles ont été interrompues sans résultat. La Surveillance des prix a eu l'impression au fil de l'année 2008 que la Poste cherchait surtout à gagner du temps. Elle a par conséquent déposé une demande de renseignement formelle concernant divers éléments de l'examen des bénéfices et des tarifs.

Gel et examen approfondi des tarifs

De nouveaux éléments et développements sont intervenus depuis. Ils devront être pris en compte lors d'un examen des tarifs et des bénéfices.

- Un abaissement du monopole sur le courrier de 100 à 50 grammes est prévu pour 2009. Le Conseil fédéral ne prendra toutefois de décision définitive qu'à l'automne 2008.
- La Poste a envisagé de demander, parallèlement à l'abaissement de la limite du monopole, l'assujettissement complet au régime de la TVA, ce qui modifierait profondément la structure des coûts.
- La mise en service progressive des nouveaux centres courrier de la Poste autorise des économies considérables, difficiles à chiffrer pour l'instant.
- La Poste a laissé entendre qu'elle n'arrêterait pas et ne solliciterait pas d'augmentation des prix dans les secteurs présumés ressortir de la compétence du Surveillant des prix (lettres, colis, journaux p. ex.) pour fin 2008. Par conséquent, les tarifs fixés dans le cadre de l'accord amiable restent valables jusqu'en mars 2009 au minimum.



La Surveillance des prix va poursuivre son analyse et se contenter pour l'instant de transmettre aux services compétents le rapport intermédiaire (qui ne doit toutefois pas être publié au titre de prétentions à la sauvegarde du secret d'affaires) contenant les résultats provisoires.

[Rudolf Strahm, Jörg Christoffel]

Voir les publications antérieures sur les tarifs postaux et en particulier la newsletter 08/07 du 21 décembre 2007.

www.monsieur-prix.admin.ch → Thèmes → Infrastructure → Poste (liens vers les documents côté droit)

Renseignements complémentaires:

Rudolf Strahm, tél. 031 322 21 02

Marcel Chavillaz, tél. 031 322 21 04



2. KURZMELDUNGEN

Medikamentenpreis-Vergleiche mit Deutschland: Auf die Rechenmethode kommt es an

Sind Medikamente in der Schweiz jetzt plötzlich günstiger als in Deutschland, wie dies die Interpharma im Hinblick auf die Nationalrats-Debatte vom Juni 2008 über Parallelimporte gezielt gestreut hatte? - Mitarbeiter der Preisüberwachung haben die verschiedenen Preisvergleiche und Vergleichsmethoden mit aller Sorgfalt unter die Lupe genommen und den Befund in einem internen Papier festgehalten, das im Internet zugänglich gemacht wird. Fazit: Die 200 meistverkauften Medikamente („Top-200“) sind in der Schweiz im umsatzgewichteten Mittel zwar leicht günstiger als gemäss Listenpreis in Deutschland, doch von diesen 200 sind rund 80 Präparate in der Schweiz entgegen den Verordnungsbestimmungen immer noch teurer als in Deutschland (und meist in den 4 Referenzländern). Zudem wurde von Interpharma bei den Fabrikabgabepreisen der übliche Rabatt von 6 % in Deutschland ebenso wenig berücksichtigt, wie die Mehrwertsteuerdifferenz zwischen Deutschland (19 %) und der Schweiz (2.4 %) bei den Publikumspreisen.

Der am 7. August 2008 von der Santésuisse publizierte Auslandpreisvergleich für Medikamente kommt mit einer leicht anderen Methodik und auf breiterer Datenbasis zu gleichen Resultaten und Schlussfolgerungen wie die Preisüberwachung: Viele Medikamentenpreise in der Schweiz sind im Vergleich zu den europäischen Referenzländern trotz Angleichung in letzter Zeit immer noch überhöht. Die Santésuisse berechnete ein jährliches Einsparpotential bei den Medikamenten von 850 Mio. Franken. Es besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Siehe Dokument „Medikamentenpreisvergleich Schweiz-Deutschland. Ein Überprüfungsergebnis“ Niederhauser/Hunkeler: www.preisueberwacher.admin.ch → Themen → Gesundheitswesen → Medikamente (Link zum Paper auf der rechten Seite).

[Josef Hunkeler]

Medikamentenverkauf: Wie gross ist die Vertriebsmarge des Arztes und Apothekers?

Die Veröffentlichung der Preisüberwachung vom 15. Juli 2008 über die Verkaufsmargen der selbstdispensierenden Ärzte (SD) und der Apotheken beim Medikamentenabsatz (Newsletter 03/08) hat uns viele gehässige und auch positive Zuschriften eingetragen. Gemäss dieser Untersuchung erwirtschaften die SD-Ärzte in den 13 Kantonen mit zugelassener Selbstdispensation einen durchschnittlichen Nettoertrag aus dem Medikamentenabsatz von 106'000 Franken (Allgemeinpraktiker) resp. 42'000 Franken (Spezialärzte).

Wie setzt sich die Vertriebsmarge beim einzelnen Medikament zusammen? Auf dem Fabrikabgabepreis wird beim aktuellen Abgeltungsmodell

- 1) ein Frankenbetrag (Fixmarge) zugeschlagen, dann wird
- 2) ein prozentualer Zuschlag von 15 % auf dem Fabrikabgabepreis (FAP) hinzu addiert.

Dies ergibt unter Einschluss der MwSt. den Publikumspreis (PP). Für die Apotheker kommen noch die sog. „Checks“ (Pauschalabgaben von 4.30 pro Rezeptzeile und 3.25 pro Apothekenbesuch) mit einem Mischbetrag von 5.70 pro Medikamentenpa-



ckung hinzu. Die SD-Ärzte werden für ihre Konsultation mit den Tarmed-Taxpunkten entschädigt; und wenn der Patient das Präparat nachbezieht, können zusätzlich noch 16 Taxpunkte (ca. 16 Franken) für Verschreibungen in Abwesenheit des Patienten belastet werden (was nicht alle Ärzte berechnen).

Publikumspreis PP Endpreis	Fabrikabgabepreis PP	1) Fixmarge	2) %-Marge 15 % v. FAP	MwSt.	Totalmarge *) beim Verkauf
20.- Fr.	10.03 Fr.	8.- Fr.	1.50 Fr.	-.47 Fr.	9.50 Fr. = 48 %
50.- Fr.	28.55 Fr.	16.- Fr.	4.28 Fr.	1.17 Fr.	20.28 Fr. = 41 %
100.- Fr.	71.- Fr.	16.- Fr.	10.65 Fr.	2.35 Fr.	26.65 Fr. = 27 %
200.- Fr.	155.92 Fr.	16.- Fr.	23.39 Fr.	4.69 Fr.	39.39 Fr. = 20 %
1'000.- Fr.	835.28 Fr.	16.- Fr.	125.29 Fr.	23.43 Fr.	141.29 Fr. = 14 %

* Hinzu kommen Apothekerpauschale (Checks) von durchschnittlich 5.70 Fr. pro Packung.
Beim SD-Arzt zählen zusätzlich die Taxpunkte der betreffenden Konsultation.

Wenn einem Dauerpatienten ein teures Medikament (z. B. Blutdrucksenker, Cholesterinsenker) für z. B. 200 Franken abgegeben wird, dann beträgt die Handelsmarge immerhin fast 40 Franken oder 20 %, wovon rund 26 Franken für den Arzt, und dies zusätzlich zu den Taxpunkten für die ärztliche Konsultation gemäss Tarmed. Weitere Entschädigungen wie Boni und Kickbacks an den Arzt (z. B. der Apotheke „zur Rose“) sind dabei nicht berücksichtigt.

Die Preisüberwachung äussert sich nicht zur Frage, ob der Selbstdispensationskanal wünschbar sei oder nicht. Ihr Anliegen ist einzig, die ökonomischen Anreize beim Medikamentenabsatz richtig zu setzen. Sie nimmt mit dem Aufzeigen der Problematik falscher Anreize auch nicht Stellung zur Frage, ob die Ärzteteinkommen angemessen seien oder nicht.

Dokumente: www.preisueberwacher.admin.ch → Themen → Gesundheitswesen → Medikamente (Links auf der rechten Seite: „SL-Logistikmarge“, „Newsletter 03-08“, „Medikamentenpreise und Medikamentenmarkt in der Schweiz“, „Die Margen im aktuellen Abgeltungsmodell“).

[Josef Hunkeler]

Naxoo Télégenève SA – baisse du prix de l'abonnement individuel, augmentation du nombre de chaînes de télévision et possibilité d'acheter le décodeur «Access box»

En vertu de l'accord conclu avec le Surveillant des prix, l'entreprise Naxoo Télégenève SA baissera au 1^{er} janvier 2009 le prix de l'abonnement individuel de Fr. 24.40 à Fr. 22.50 par mois (sans droit d'auteurs, droits voisins et TVA). En outre, dès le 1^{er} novembre 2008, Naxoo Télégenève offrira six chaînes de télévision supplémentaires constituées de programmes de la télévision numérique française (TNT) non cryptées. Ainsi, l'offre analogique de base passera de 34 à 40 chaînes. Enfin, dès le 1^{er} septembre 2008, le décodeur «Access box» nécessaire pour l'offre numérique de base (forfait basic), jusqu'à maintenant uniquement offert en location au prix de Fr. 8.- par mois, pourra être aussi acheté par l'abonné au prix de Fr. 170.-. Celui-ci aura donc dorénavant le choix entre location et achat du décodeur. Quant aux prix mensuels de



l'abonnement collectif et du forfait Basic, ils restent inchangés. Les prix et prestations fixés ci-avant sont valables jusqu'au 31 décembre 2010.

L'accord ci-dessus résulte des analyses, discussions et négociations menées par la SPR avec l'entreprise de téléseuil genevois suite à la hausse des prix du 1^{er} juillet 2007 liée à la modernisation du réseau.

Le règlement amiable peut être téléchargé à l'adresse suivante: www.monsieur-prix.admin.ch → Thèmes → Infrastructure → Téléseuils.

Renseignements complémentaires:
Marcel Chavaillaz, Tel. 031 322 21 04

[Marcel Chavaillaz]

Neue Publikation der Preisüberwachung zur Prüfpraxis von Wasser- und Abwasserpreisen

Die Preisüberwachung hat eine Publikation zu ihrer Analyseverfahren bei der Prüfung von Wasser- und Abwasserpreisen verfasst. Damit will sie die Transparenz über Vorgehen und Prüfkriterien für die betroffenen Anbieter schaffen. Die Publikation kann in elektronischer Form auf der Webseite der Preisüberwachung abgerufen werden: www.preisueberwacher.admin.ch → Dokumentation → Publikationen → Studien → 2008 (Gebührenbeurteilung in den Bereichen Wasserver- und Abwasserentsorgung in der Schweiz“)

[Agnes Meyer Frund]

Weitere 70 Gemeinden im Preisvergleich Wasser Abwasser Abfall erfasst

Mitte August werden die Wasser-, Abwasser- und Abfall-Gebühren von 70 weiteren Gemeinden im Internet publiziert (www.preisvergleiche.preisueberwacher.admin.ch). Damit werden die rund 200 einwohnerreichsten Gemeinden erfasst, d.h. alle Gemeinden mit mehr als rund 7'000 Einwohnern.

[Agnes Meyer Frund]

3. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE

-

Für zusätzliche Auskünfte zum Newsletter können Sie sich an den Informationsbeauftragten der Preisüberwachung, Rudolf Lanz, Tel. 031 322 21 05 bzw. rudolf.lanz@pue.admin.ch wenden.

Pour des renseignements complémentaires vous pouvez vous adresser à Marcel Chavaillaz, tél. 031 322 21 04 resp. marcel.chavaillaz@pue.admin.ch.